

Einladung

Gremium: Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 08.03.2004, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratsaal des Rathauses

Rastede, den 26.02.2004

1. An die Mitglieder des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.09.2004
- TOP 4 Bedarfsplanung Kindertagesstätten
Vorlage: 2004/040
- TOP 5 Einrichtung einer integrativen Gruppe im Kindergarten Neusüdende
Vorlage: 2004/041
- TOP 6 Kindergartenentgelte
Vorlage: 2004/042
- TOP 7 Bedarfsermittlung für Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten während der Mittagszeit und Mittagessenangebot für "Halbtagskinder"; Antrag Fraktionen Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis90/Die Grünen vom 27.01.2003
Vorlage: 2004/045

TOP 8 Situationsbericht "Jugendpflege"
Vorlage: 2004/046

TOP 9 Anfragen und Hinweise

TOP 10 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

gez. Decker
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2004/040

freigegeben am 23.02.2004

GB 2**Datum: 23.02.2004**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

Bedarfsplanung Kindertagesstätten

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	08.03.2004	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	16.03.2004	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der aktuelle Stand der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 24 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII hat ein Kind ab dem vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens. Die näheren Einzelheiten hierzu sind gemäß § 26 SGB VIII durch Landesrecht zu regeln.

Gemäß § 12 Absatz 1 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) hat jedes Kind nach Maßgabe des § 24 SGB VIII einen Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens. § 12 KiTaG spezifiziert den Anspruch auf einen Platz in einer Vormittagsgruppe in einem möglichst ortsnahen Kindergarten. Soweit ein ausreichendes Angebot an Vormittagsplätzen nicht zur Verfügung steht, kann der Rechtsanspruch auch durch einen gleichwertigen Platz in einer Nachmittagsgruppe oder in einem Kinderspielkreis erfüllt werden. Bei der Entscheidung darüber, ob ein Kind in eine Vormittags- oder eine Nachmittagsgruppe aufgenommen wird, soll die besondere Situation des Kindes und seiner Sorgeberechtigten berücksichtigt werden.

Bedürfen körperlich oder geistig wesentlich behinderte Kinder im Sinne des § 39 Bundessozialhilfegesetz infolge ihrer Behinderung der Hilfe in einer teilstationären Einrichtung, so haben sie einen Anspruch auf einen Platz in einer solchen Einrichtung. Als teilstationäre Einrichtung gilt auch eine integrative Gruppe in einem Regelkindergarten ab einer Betreuungszeit von werktäglich fünf Stunden.

Das Land und die örtlichen Träger wirken gemäß § 3 Abs. 6 KiTaG darauf hin, dass diese Kinder gemeinsam mit nicht behinderten Kindern in einer ortsnahen Kindertagesstätte betreut werden. In einer solchen integrativen Gruppe müssen mindestens 14 und dürfen höchstens 18 Kinder betreut werden, davon mindestens 2 und höchstens 4 behinderte Kinder.

Die Geburtenzahlen betragen pro Kindergartenjahrgang zwischen ca. 237 bis 186 Kinder:

Geboren	01.07.1997-30.06.1998 = 237 Kinder
„	01.07.1998-30.06.1999 = 200 Kinder
„	01.07.1999-30.06.2000 = 209 Kinder
„	01.07.2000-30.06.2001 = 206 Kinder
„	01.07.2001-30.06.2002 = 177 Kinder
„	01.07.2002-30.06.2003 = 186 Kinder

Die bisher auch vom Landesjugendamt zugrundegelegten Nachfragequoten (75 % der dreijährigen sowie 90% der vier- und fünfjährigen Kinder) sind für den Bereich der Gemeinde Rastede seit einiger Zeit nicht mehr zutreffend. Es ist immer mehr festzustellen, dass für erst im Laufe des Kindergartenjahres dreijährig werdende Kinder verstärkt der Anspruch auf einen Kindergartenplatz und hierbei vor allem auf einen Vormittagsplatz geltend gemacht wird. Hauptursache hierfür ist oftmals die Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten und die nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz nur bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres mögliche Elternzeit.

Für die Bedarfsplanung ist aufgrund der jetzigen tatsächlichen Inanspruchnahme von einem Platzbedarf für 100% der fünf- und vierjährigen Kinder, von 90 % der dreijährigen Kinder sowie von 30 % der im Laufes des Kindergartenjahres erst dreijährig werdenden Kinder auszugehen. Diese tatsächliche Inanspruchnahme ist in den Außenbereichen jedoch geringer als im Hauptort Rastede.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben sowie der vorgeschlagenen Einrichtung einer dritten Integrationsgruppe im Kindergarten Neusüdende wurden die beiliegenden Ermittlungen des Platzbedarfs für die Kindergartenjahre 2004/2005 bis 2006/2007 erstellt. Es wurde hierbei nur von den tatsächlich ab Herbst 2004 vorhandenen Vor- und Nachmittagsgruppen sowie den sogenannten Schnuppergruppen ausgegangen. Für die Ganztagsbetreuung in der Mühlenstraße wurde ein Bedarf von 10 Plätzen berücksichtigt.

Für die beiliegenden Bedarfsberechnungen wurden die Geburtenzahlen im jeweiligen Schuleinzugsbereich in dem sich die Kindertagesstätte befindet zugrundegelegt. Die Grenzen der Schuleinzugsbereiche werden von den Eltern jedoch erfahrungsgemäss wenig beachtet. Für die Auswahl des Kindergartens ist vielmehr die örtliche Nähe und das Vorhandensein eines freien (Vormittags-)platzes entscheidend. Insbesondere für den Hauptort Rastede sind die Einzugsbereiche mit den Kindertagesstätten Am Voßbarg, Marienstraße und Mühlenstraße fließend. Zudem bietet der Kindergarten Mühlenstraße als einzige Kindertagesstätte im gesamten Gemeindebereich eine Ganztagsbetreuung an. Auch die Waldgruppen bei den Kindergärten Am Voßbarg und Marienstraße stehen für Kinder aus dem gesamten Gemeindebereich offen und verwischen die Einzugsbereiche.

Die in nächster Zeit für die Bebauung vorgesehenen Gebiete und der hieraus resultierende zusätzliche Bedarf nach Kindergartenplätzen wurden nicht berücksichtigt. Dieser ggf. erhöhte Bedarf könnte kurzfristig durch die Einrichtung zusätzlicher Nachmittags- oder Schnuppergruppen abgedeckt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

- Ohne -

Anlagen:

1. Voraussichtlicher Bedarf/Überhang Kindergartenplätze 2004/2005 bis 2006/2007

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2004/041**

freigegeben am 23.02.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

Datum: 23.02.2004**Einrichtung einer integrativen Gruppe im Kindergarten Neusüdende****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	08.03.2004	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	16.03.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	27.04.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Ab dem Kindergartenjahr 2004/2005 wird eine bestehende Regelgruppe im Kindergarten Neusüdende zunächst befristet für ein Jahr in eine integrative Gruppe umgewandelt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Den notwendigen überplanmäßigen Ausgaben für Personalkosten sowie den außerplanmäßigen Sachausgaben zu Haushaltsstelle „4642.520001 – Unterhaltung und Ergänzung bewegliches Vermögen – Integration“ in Höhe von 3.000 € zu Haushaltsstelle „4642.562001 – Fortbildung Integration“ in Höhe von 800 € zu Haushaltsstelle „4642.655000 - Honorar Therapeuten und Fachberatung Integration“ in Höhe von 1.500 € und zu Haushaltsstelle „4642.718600 – Fahrtkosten Integration“ in Höhe von 1.500 € wird zugestimmt.

Sach- und Rechtslage:

Sowohl die zum 01.09.2002 im Kindergarten Marienstraße eingerichtete integrative Gruppe (z.Zt. 4 behinderte Kinder) als auch die seit dem 01.08.2003 im Kindergarten Loy eingerichtete integrative Gruppe (z.Zt. 5 behinderte Kinder) sind beide voll ausgelastet. Im Kindergarten Marienstraße wird zum Sommer 2004 voraussichtlich nur ein behindertes Kind den Kindergarten verlassen. Dieser frei werdende Platz ist bereits fest vergeben. Im Kindergarten Loy wird voraussichtlich kein Platz für ein behindertes Kind frei werden.

Für das Kindergartenjahr 2004/2005 liegen darüber hinaus bereits 2 Anmeldungen von Kindern vor, die nach der sozialmedizinischen Stellungnahme der Betreuung in einer integrativen Gruppe bedürfen. Daneben liegen Anmeldungen von weiteren 4 Kindern vor, für die noch keine sozialmedizinische Stellungnahme erstellt wurde bzw. das Verfahren noch nicht eingeleitet ist. Für alle diese Kinder steht zur Zeit keine integrative Betreuungsgruppe zur Verfügung.

Nach § 3 Absatz 6 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) sollen körperlich, geistig oder seelisch nicht nur vorübergehend wesentlich behinderte Kinder (§ 39 Bundessozialhilfegesetz (BSHG)) nach Möglichkeit in einer ortsnahen Kindertagesstätte gemeinsam mit nicht behinderten Kindern in einer Gruppe betreut werden. Bedürfen diese Kinder der Hilfe in einer teilstationären Einrichtung, so haben sie einen Anspruch auf einen Platz in einer solchen Einrichtung (§ 5 Abs. 2 KiTaG). Als teilstationäre Gruppe gilt auch eine integrative Gruppe in einem Regelkindergarten ab einer Betreuungszeit von werktäglich fünf Stunden.

Aus sozial- und heilpädagogischen Gründen sind bestimmte Mindeststandards in der „Verordnung über Mindestanforderungen für die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern“ geregelt:

- die Zahl der aufzunehmenden behinderten Kinder ist je Gruppe auf 2 bis 4 Kinder beschränkt;
- die Gruppenstärke muss mindestens 14 und darf höchstens 18 Kinder betragen;
- der Gruppenraum soll 3 qm Bodenfläche je Kind nicht unterschreiten;
- in der Gruppe müssen ständig drei Kräfte tätig sein, davon eine Kraft mit heilpädagogischer Qualifikation;
- die Betreuungszeit muss mindestens fünf Stunden an fünf Tagen betragen;
- ein regionales Konzept muss vorliegen.

Durch die Umwandlung einer Regelgruppe in eine integrative Kindergartengruppe fallen elf bisherige Regelplätze weg (25 Regelplätze abzüglich 14 Regelplätze in der integrativen Gruppe).

Aufgrund der vorliegenden Anmeldezahlen für das Kindergartenjahr 2004/2005 könnte eine integrative Gruppe nur im Kindergarten Neusüdende eingerichtet werden.

Die Einrichtung sollte zunächst nur befristet für ein Jahr erfolgen, um der weiteren Entwicklung, insbesondere durch in 2005 freiwerdende integrative Plätze und dem dann auftretenden Bedarf, besser begegnen zu können.

In den übrigen Ammerlandgemeinden sind folgende integrative Gruppen vorhanden:

Gem. Apen: 3 Gruppen (2 Apen, 1 Augustfehn)

Gem. Bad Zwischenahn: 2 Gruppen (1 Villa Kunterbunt, 1 Aschhausen)

Gem. Edewecht: 4 Gruppen (1 Edewecht, 1 Friedrichsfehn, 2 Portsloge;
ggf. weitere Gruppen ab August 2004)

Stadt Westerstede: 4 Gruppen (3 Schützenbusch, 1 Westerloy)

Gem. Wiefelstede: 3 Gruppen (3 Wiefelstede; Wechsel einer Gruppe ab August 2004
nach Heidkamp)

Finanzielle Auswirkungen:

Vom Land Niedersachsen als überörtlichem Sozialhilfeträger werden die anteiligen Personalkosten der heilpädagogischen Fachkraft je integrative Gruppe in voller Höhe getragen. Zusätzlich wird zur Abgeltung aller weiteren Aufwendungen einschließlich eventueller Fahrtkosten eine Pauschale je betreutem behinderten Kind von jährlich zur Zeit 4.180,32 € gewährt. Für die Zweitkraft in der integrativen Gruppe wird eine um 25 % erhöhte Finanzhilfe des Landes gewährt, entsprechend rd. 9.100 € bei 32 Wochenarbeitsstunden.

Elternentgelte für die behinderten Kinder dürfen nicht erhoben werden, da diese im Rahmen der vorstehenden Förderung mit abgegolten sind. Einschließlich der aufgrund der geringeren Gruppenstärke wegfallenden Plätze ergibt sich ein Einnahmeausfall von rd. 9.600 € jährlich.

Gegenüber der bisherigen Regelgruppe (4 Stunden Betreuung täglich; insgesamt 7,5 Verfügungsstunden wöchentlich) sind aufgrund der höheren Betreuungszeit (5 Stunden täglich) und zusätzlicher Verfügungszeiten (insgesamt 16 Stunden wöchentlich) zusätzliche Personalstunden für die Erst- und Zweitkraft sowie eine zusätzliche heilpädagogische Fachkraft erforderlich. Daneben fallen zusätzliche Ausgaben für behindertengerechtes Spiel- und Beschäftigungsmaterial, für Fortbildung, für Fachberatung und Fahrtkosten an. Diese zusätzlichen Personal- und Sachkosten sind im Haushalt 2004 nicht veranschlagt.

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/042

freigegeben am 23.02.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

Datum: 23.02.2004

Kindergartenentgelte

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	08.03.2004	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	13.04.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	27.04.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Bei der Berechnung der Elternentgelte bleiben die Ansätze des Vermögenshaushaltes, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen außer Betracht.

Aufgrund der „Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten“ werden die Entgelte für die kommunalen Kindergärten ab dem 01.08.2004 wie folgt neu festgesetzt:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 81,- Euro
	2 = 76,- Euro
	3 = 71,- Euro
	4 und mehr = 66,- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 97,- Euro
	2 = 92,- Euro
	3 = 87,- Euro
	4 und mehr = 82,- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 172,- Euro
	2 = 162,- Euro
	3 = 152,- Euro
	4 und mehr = 142,- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 33,- Euro
	2 = 30,- Euro
	3 = 27,- Euro
	4 und mehr = 24,- Euro

Entgelte für Sonderdienste:

Frühdienst = 8,- Euro
Mittagsdienst = 16,- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen = 43,- Euro

Sach- und Rechtslage:

A) Vorbemerkungen

Nach dem sonst üblichen Kostendeckungsprinzip des NKAG sind für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen grundsätzlich kostendeckende Gebühren zu erheben. Für den Bereich Kindertagesstätten ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Fachpersonalkosten bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen vom Land Niedersachsen in einem pauschalierten Verfahren mit 20 % bezuschusst werden. In Integrationsgruppen werden vom Land Niedersachsen zusätzlich die vollen Personalkosten der heilpädagogischen Fachkraft übernommen. Daneben werden in einem pauschalierten Verfahren 25 % (zusätzlich zu den vorgenannten 20 %) der Personalkosten der sozialpädagogischen Fachkraft zum Ausgleich des geringeren Entgeltaufkommens aufgrund der niedrigeren Platzzahl in Integrationsgruppen vom Land übernommen und eine Sachkostenpauschale zur Abgeltung aller weiteren Aufwendungen einschließlich eventueller Fahrtkosten gewährt.

Durch § 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) erfolgt eine Abkehr vom Kostendeckungsprinzip. Gemäss § 20 KiTaG in der seit dem 01.08.2002 wieder geltenden Fassung sind die Entgelte für den Besuch von Kindertagesstätten, in denen die Kinder wöchentlich mindestens 15 Stunden am Vormittag betreut werden, so zu bemessen, dass die wirtschaftliche Belastung für die Sorgeberechtigten zumutbar ist. **Die Entgeltsätze sollen sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sorgeberechtigten unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder richten und gestaffelt werden.** Dies führt in der praktischen Umsetzung zu erheblichen Problemen, da nicht mehr der Grad der Inanspruchnahme, sondern das Maß der zumutbaren wirtschaftlichen Belastung entscheidender Maßstab für den Elternbeitrag wird. Elternentgelte sind somit kein zulässiges Instrumentarium, den Grad der Inanspruchnahme von Kindergärten zu lenken. Das generelle Ziel des KiTaG, vermehrt den Besuch von Tageseinrichtungen zu ermöglichen, darf durch relativ hohe Entgelte nicht gefährdet werden.

Um die Nachfrage nach – nicht so begehrten – Nachmittagsplätzen zu steigern, wird von den Kindergartenträgern für die Nachmittagsbetreuung entweder bei gleicher Betreuungsstundenzahl ein niedriges Entgelt erhoben oder aber die Gruppenstärke von sonst regelmäßig 25 Kindern abgesenkt.

Die Umsetzung der Sozialstaffelung erfolgt in unterschiedlichster Art und Weise:

In den übrigen Ammerlandgemeinden erfolgt jeweils eine Staffelung nach Betreuungsdauer und Einkommen mit von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Einkommens- und Entgeltstufen. Empfänger von Wohngeld zahlen hierbei jeweils das niedrigste Entgelt. Die Mehrzahl der Einstufungen erfolgt in die unteren Einkommensstufen. Angestrebt wird hierbei ein Kostendeckungsgrad durch Elternentgelte von 25 % (Wiefelstede 26 % des Vorjahres).

Übersicht über die Entgelte im Landkreis Ammerland:

Gemeinde / Stadt	Entgelt Mindestsatz / Höchstsatz	bis Einkommen ab Einkommen
Apen	62,50 Euro 165,00 Euro	bis 18.000,00 Euro ab 45.000,01 Euro
Bad Zwischenahn	62,00 Euro 152,00 Euro	bis 18.000,00 Euro ab 48.000,01 Euro
Edeweicht	54,00 Euro 129,00 Euro	ab 24.000,00 Euro ab 48.000,01 Euro
Rastede	62,00 Euro (77,00 Euro) 77,00 Euro (96,00 Euro)	ab 4 Kinder im Haushalt 1 Kind im Haushalt
Westerstede	69,00 Euro 173,00 Euro	bis 23.008,13 Euro ab 46.016,27 Euro
Wiefelstede	69,00 Euro 153,00 Euro	bis 16.000,00 Euro ab 46.000,01 Euro

Sowohl einige Ammerlandgemeinden als auch weitere angrenzende Gemeinde streben derzeit eine Entgeltanpassung an. Die Gemeinde Jade wird z.B. das Kindergartenentgelt von derzeit 85,00 Euro auf 89,00 Euro anheben.

B) Gemeinde Rastede

Grundsätzlich ist die Gemeinde durch die Soll-Bestimmung in § 20 KiTaG nicht verpflichtet, die Entgelte nach dem Einkommen zu staffeln; dies wäre nur bei einem hohen Entgeltniveau zwingend erforderlich. Wenn das Entgeltniveau von vornherein – wie in der Gemeinde Rastede - niedrig gestaltet ist, ist eine Staffelung nach dem Einkommen verzichtbar, denn ein Mindestkostendeckungsgrad wird im Gesetz nicht gefordert. Eine Sozialstaffelung ist – zumindest teilweise - aufgrund der Staffelung nach der Kinderzahl auch in der Gemeinde Rastede gegeben.

In der Gemeinde Rastede wurden von 1994 bis Juli 2000 die Entgelte für den Besuch der Kindergärten in Abhängigkeit von dem um die Kinderfreibeträge bereinigten positiven Einkünften sowie nach der Kinderzahl gestaffelt. Die jährliche Einstufung nach dem Einkommen hat einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht und war für die Eltern kaum nachvollziehbar.

Auf Vorschlag des Gemeindefelternrates für Kindertagesstätten und weil ca. 86 % aller Eltern den beiden untersten Entgeltstufen unterfielen, hat der Rat in seiner Sitzung am 04.04.2000 mehrheitlich ab dem 01.08.2000 die Kindergartenentgelte nur noch nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder gestaffelt. Anteil der Elternentgelte an den haushaltsmäßigen Bruttoausgaben (Zuschüsse Dritter werden nicht abgezogen) sollte bei rechnerischer Vollauslastung der Plätze 25 % betragen.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde im Jahre 2003 eine Steigerung des Elternentgeltanteils auf 26 % im Jahr 2004, auf 27 % im Jahr 2005, auf 28 % im Jahr 2006, auf 29 % im Jahr 2007 und auf 30 % ab dem Jahr 2008 beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass bei der Kalkulation die Ansätze des Vermögenshaushalts, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen außer Betracht bleiben.

Daneben wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossen, dass bei Gebühren- und Entgeltkalkulationen künftig grundsätzlich die Regiekosten (inneren Verrechnungen) mit in die Kalkulation einfließen sollen.

Der Beschluss zu den Kindergartenentgelten steht im Widerspruch zu diesem Grundsatzbeschluss.

Bei den anliegenden Berechnungen sind in den haushaltsmäßigen Bruttoausgaben die anteiligen Personalkosten für die Kindergartensachbearbeitung des Fachbereich Soziales enthalten. Die Ansätze des Vermögenshaushaltes, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen sind bei Anlage 1/1A nicht enthalten und bei Anlage 2/2A enthalten. Diese Kosten fließen auch bei anderen Trägern üblicherweise nicht in die Entgeltberechnung bzw. bei der Ermittlung des Kostendeckungsgrades ein.

Allein die Position Innere Verrechnungen beträgt für die fünf kommunalen Kindergärten laut dem Haushaltsplan 2004 insgesamt 455.000,-- Euro (ohne Personalkosten Fachbereich) und damit rd. 21 % der Gesamtausgaben.

Bei strikter Anwendung des Kostendeckungsprinzips, unter Berücksichtigung der Landesförderung sowie ohne innere Verrechnungen müsste das monatliche Entgelt bei einer vierstündigen Betreuung rd. 315,-- € betragen. Unter Hinzurechnung der inneren Verrechnungen müsste ein kostendeckendes monatliches Entgelt rd. 398,-- € betragen.

Aufgrund der vorgeschlagenen Entgeltanpassung errechnet sich bei rechnerischer Vollauslastung und ohne innere Verrechnungen ein Kostendeckungsgrad von ca. 26,12 % (Anlage 1) bei einem Ausgangsentgelt von 81,-- Euro bei vierstündiger Betreuung und einem Kind im Haushalt.

Unter Berücksichtigung der inneren Verrechnungen müsste dieses Ausgangsentgelt 103,-- Euro betragen, um den Kostendeckungsgrad durch Elternentgelte von 26 % zu erreichen.

Auf Vorschlag des Gemeindeelternrates für die Kindertagesstätten wurde eine Entgeltanpassung auch insoweit vorgenommen, dass die Entgelte für eine vierstündige Betreuung mit dem zusätzlichen Mittagsdienstangebot (somit insgesamt 5 Stunden) die selbe Entgelthöhe ergeben, wie dies bei einer 5-stündigen Betreuung (Integrationsgruppen) der Fall ist. Dieser Forderung kann jedoch nur dadurch begegnet werden, indem die Entgelte bei einer 5-stündigen Betreuung ungleich der sonstigen Entgeltsteigerung angepasst werden.

Gemäss § 10 KiTaG können die Beiräte der Kindertagesstätten bzw. der Gemeindeelternrat für Kindertagesstätten Vorschläge zur Regelung der Elternentgelte machen. Eine Abstimmung mit den Beiräten zu der vorgeschlagenen Erhöhung ist bisher nicht erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Entgeltanpassung bedeutet für die kommunalen Kindergärten Mehreinnahmen im Jahre 2004 in Höhe von rd. 8.700 Euro und im Jahre 2005 von rd. 19.200 Euro.

Anlagen:

- Anlage 1 – Kosten eines Kindergartenplatzes per Haushaltsplan 2004 ohne innere Verrechnungen
- Anlage 1 A – Kindergartenentgelte – Verteilung auf die Entgeltstufen
- Anlage 2 – Kosten eines Kindergartenplatzes per Haushaltsplan 2004 mit inneren Verrechnungen
- Anlage 2 A – Kindergartenentgelte – Verteilung auf die Entgeltstufen
- Anlage 3 – Gegenüberstellung bisherige Entgelte und vorgeschlagene Erhöhung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/045

freigegeben am 23.02.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Hörmann, Sabine

Datum: 23.02.2004

Bedarfsermittlung für Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten während der Mittagszeit und Mittagessenangebot für "Halbtagskinder"; Antrag Fraktionen Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis90/Die Grünen vom 27.01.2003

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	08.03.2004	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	16.03.2004	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten im Mittagsdienst werden über 13.00 Uhr hinaus nicht verlängert.

Eine Mittagsverpflegung wird, außer für Ganztagskinder, nicht angeboten.

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 27.01.2003 haben die Fraktionen Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag hinsichtlich von Öffnungszeiten während der Mittagszeit in den Kindertagesstätten sowie hinsichtlich eines Angebotes von Mittagessen für „Halbtagskinder“ eingereicht. In der Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses vom 03.03.2003 wurde der Antrag entsprechend begründet.

In der Beschlussvorlage 2003/033 wurde seitens der Verwaltung auf Grundlage des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) die aktuelle Rechtsauffassung erörtert und die derzeitige Situation in den Kindertagesstätten vorgestellt. Daraufhin wurde die Verwaltung beauftragt, eine Bedarfsermittlung für die Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten während der Mittagszeit durchzuführen. In der Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses vom 16.06.2003 wurde sich darauf verständigt, dass die Bedarfsermittlung direkt nach den Sommerferien stattfinden soll, damit auch die Eltern der neuen Kindergartenkinder mit in die Umfrage einbezogen werden können.

Die Fragebogenaktion unter Beteiligung der Eltern hat in der Zeit vom 01.09.2003 bis einschließlich zum 30.09.2003 stattgefunden. Wie bereits in der Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses vom 30.09.2003 als Zwischenstand berichtet, konnte nur eine mäßige Beteiligung verzeichnet werden. Die Fragebogenaktion wurde in den fünf kommunalen Kindertagesstätten (Mühlenstraße, Marienstraße, Am Voßbarg, Neusüdende und Loy) sowie den beiden diakonischen Kindertagesstätten (Hahn-Lehmden und Wahnbek) durchgeführt.

Die vollständige Auswertung der Fragebogenaktion zeigt nachfolgende Ergebnisse auf:

Rückgaben Fragebögen

Kindergarten	verteilte Fragebögen	Rückgaben	Rückgabe in %
Mühlenstraße	107	49	45,79 %
Am Voßbarg	75	34	45,33 %
Marienstraße	43	24	55,81 %
Neusüdende	72	46	63,88 %
Loy	43	36	83,72 %
Hahn-Lehmden	75	35	46,66 %
Wahnbek	85	61	71,76 %
Gesamt	500	285	56,80 %

Wunsch Mittagdienst bis 13:00 Uhr

Kindergarten	Wunsch Mittagdienst	tatsächlich im Mittagdienst
Mühlenstraße	28	44
Am Voßbarg	13	14
Marienstraße	15	10
Neusüdende	11	16
Loy	23	23
Hahn-Lehmden	4	8
Wahnbek	15	23
Gesamt	109	138

Es ist nicht nachvollziehbar, inwieweit Kinder aus der Spalte „Wunsch Mittagdienst“ auch tatsächlich zur Zeit im Mittagdienst sind.

Wunsch Mittagdienst nach 13:00 Uhr

Mittagdienst	bis 13:30 Uhr	bis 14:00 Uhr
Mühlenstraße	5	11
Am Voßbarg	9	4
Marienstraße	2	3
Neusüdende	8	3
Loy	4	7
Hahn-Lehmden	4	6
Wahnbek	9	16
Gesamt	41	50

Oftmals bezieht sich der Wunsch nur auf einzelne Wochentage! Auch wurden oftmals beide Möglichkeiten gewählt (Doppelnennung 13:30 Uhr und 14:00 Uhr).

Wunsch Mittagsdienst nach 13:00 Uhr – Wochentage

Kindergarten	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Mühlenstraße	13	13	13	13	13
Am Voßbarg	12	12	11	11	8
Marienstraße	5	6	6	5	3
Neusüdende	9	6	9	8	7
Loy	9	9	10	8	9
Hahn-Lehmden	9	9	8	8	6
Wahnbek	21	20	19	18	20
Gesamt	78	75	76	71	66

Wunsch Mittagessen im Kindergarten

Kindergarten	Anzahl der Kinder
Mühlenstraße	24
Am Voßbarg	13
Marienstraße	10
Neusüdende	20
Loy	15
Hahn-Lehmden	14
Wahnbek	36
Gesamt	132

Ofimals bezieht sich der Wunsch nur auf einzelne Wochentage!

Wunsch Mittagessen im Kindergarten – Wochentage

Kindergarten	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Mühlenstraße	9	12	9	11	9
Am Voßbarg	6	9	6	6	3
Marienstraße	6	7	6	6	3
Neusüdende	6	6	10	8	6
Loy	7	7	8	6	7
Hahn-Lehmden	7	7	6	6	4
Wahnbek	19	18	18	17	17
Gesamt	60	66	63	60	49

Im Kindergarten Mühlenstraße bekommen derzeit die sieben Ganztagskinder ein Mittagessen gereicht. Es ist nicht nachvollziehbar, ob diese Kinder in den o.a. Zahlen enthalten sind.

Die Frage hinsichtlich des Mittagessens im Kindergarten wurde unter Berücksichtigung eines Preises in Höhe von 2,80 € täglich gestellt. Grundlage für die Berechnung des Preises war eine Portion Essen von der AWO, wie sie derzeit im Kindergarten Mühlenstraße für die Ganztagskinder angeboten werden, sowie die Kosten für eine einstündige Betreuung für 20 Kinder durch eine Fachkraft und eine Hilfskraft. Bereits hier haben einige Eltern im Fragebogen angemerkt, dass der Preis zu hoch bzw. nicht akzeptabel sei.

Unter Berücksichtigung der Zahlen aus der Umfrage wurden entsprechend Angebote eingeholt. Die Preise pendeln zwischen 1,80 € für Suppen und Eintöpfe bis 4,60 € für ein Tagesgericht. Die AWO Rastede sieht derzeit keine Möglichkeit, ein Angebot für die Versorgung der weiteren Kindertagesstätten zu unterbreiten. Grund dafür ist der Umbau der Küche im Frühjahr 2004. Eine Lieferung an die Kindertagesstätten wird voraussichtlich nicht möglich sein.

Für die Kalkulation der Kosten einer Mittagsverpflegung sind folgende Punkte zu beachten:

- 1 durchschnittliche Wochenarbeitsstunde Erzieherin (Fachkraft) ca. 18,30 €
- 1 durchschnittliche Wochenarbeitsstunde Hilfskraft ca. 11,10 €
(Versicherungsfrei, max. 7 Wochenarbeitsstunden)

Beispielberechnung (21 Tage; 1 Fachkraft und 1 Hilfskraft; 1 Stunde Betreuung; 10 Kinder)

21 Tage x 3,-- € Essen	63,00 €
1 Fachkraft x 5 Tage x 1 Stunde a 18,30 €: 10 Kinder	9,15 €
1 Hilfskraft x 5 Tage x 1 Stunde a 11,10 €: 10 Kinder	5,55 €
Gesamt je Kind und Monat	77,70 €
dies entspricht ca. 3,70 € je Mittagessen / Betreuung	

Eine Umfrage des Elternbeirates des Kindergartens Mühlenstraße im Frühjahr 2002 hat ergeben, dass letztendlich nur noch 4 bis 5 Eltern an einer Mittagsverpflegung interessiert waren, nachdem ein kostendeckendes Entgelt von ca. 56,00 €– 60,00 € monatlich ermittelt wurde. Nunmehr muss ebenfalls mit einer rückläufigen Anzahl der interessierten Eltern gerechnet werden, wobei wiederum die Kosten für die Mittagsverpflegung für die verbleibenden Eltern steigen würden.

Das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises Ammerland zeigt in einer Stellungnahme auf, dass eine Zubereitung von Speisen vor Ort aus hygienischen Gründen (Lebensmittelhygiene-Verordnung) nicht favorisiert werden sollte und gegen den Transport von Lebensmitteln in privaten Pkws grundsätzlich keine Bedenken bestehen, sofern die Mitarbeiter/innen eines Kindergartens die Speisen von einem Anbieter abholen sollten. Die Lieferung des Mittagessens durch einen Lieferservice ist grundsätzlich einfacher, sofern die Speisen auch zeitnah ausgegeben werden und nicht zuvor wieder aufgewärmt werden müssen.

Hinsichtlich der Ausweitung der Öffnungs- und Betreuungszeiten ist in § 8 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) geregelt, dass den Belangen der Erziehungsberechtigten und der Kinder im gleichen Maße Rechnung zu tragen ist und zu diesem Zweck Früh-, Mittags- und Spätdienste eingerichtet werden sollen. Ein Frühdienst sowie auch ein Mittagdienst bis 13:00 Uhr wird in allen Kindertagesstätten angeboten. Spätdienste (über 17.00 Uhr hinaus) wurden bisher nicht nachgefragt

Im Kindergarten Mühlenstraße werden über die Mittagszeit (bis 13:00 Uhr) derzeit 56 Kinder, davon 7 Ganztagskinder, betreut. Für die Ganztagskinder ist eine Fachkraft eingesetzt, die insbesondere die Kinder mit dem Mittagessen versorgt sowie eine Küchenhilfe. Für die weiteren Kinder stehen durchschnittlich 3 Mitarbeiter/innen zur Verfügung. Die Kindergartenleitung sieht bereits zum jetzigen Zeitpunkt Probleme hinsichtlich der Gewährleistung der Aufsichtspflicht und hat um 5 Stunden wöchentlich zusätzlich gebeten. Das KiTaG bzw. die 1. DVO (Durchführungsverordnung) zum KiTaG geht bei einer Gruppengröße von 25 Kindern von zwei Betreuungskräften aus. Für die Sonderöffnungszeiten gibt es keine speziellen Vorschriften.

Für ein Angebot nach 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr wäre entsprechend der zusätzliche Personalbedarf und die damit verbundenen Kosten für die Kindertagesstätten zu berücksichtigen. Unter dem Gesichtspunkt, dass das Land 20 % der Personalkosten bezuschusst und auch die Eltern 26 % der Kosten durch die Entgelte abdecken, würde das erweiterte Angebot zu 54 % von der Gemeinde zu tragen sein. Dies würde den Haushalt mit zusätzlichen Kosten in Höhe von rd. 4.100,-- Euro je Kindertagesstätte, bei insgesamt 7 Kindergärten somit mit insgesamt rd. 28.700,-- € belasten.

Zu den Öffnungszeiten (nicht Betreuungszeiten) ist es erforderlich, dass ausreichend Aufsichtspersonal gestellt wird. Die Anzahl der Aufsichtskräfte sollte sich nach der Anzahl der zu beaufsichtigenden Kinder richten. Bei dem Aufsichtspersonal muss es sich nicht zwingend regelmäßig um zwei qualifizierte Kräfte handeln. Dennoch sollten die Bezugspersonen für die Kinder nicht stetig wechseln. Es ist zu beachten, dass den Mitarbeiter/innen im Rahmen der Arbeitszeitverordnung nach einer gewissen Arbeitszeit eine Ruhepause zusteht. Organisatorisch dürfte es somit nicht einfach werden, alle Komponenten zusammenzuführen und dann noch zu unterscheiden, welches Kind an welchem Tag und um welche Zeit noch anwesend sein wird oder darf.

Wichtig ist auch zu beachten, dass in diesem Zusammenhang das Wohl des Kindes berücksichtigt wird. Bei einem Aufenthalt im Kindergarten von ggf. bis zu 7 Stunden täglich (Betreuungszeit und zusätzlich Früh- und verlängerter Mittagsdienst) könnte das Kind an die Grenzen seiner Belastbarkeit geführt werden. Des weiteren sollte dann auch überlegt werden, ob bei einem derartig großen Zeitraum nicht doch ein Mittagessen gereicht wird.

Betrachtet man nunmehr die Ergebnisse der Elternbefragung, so bleibt festzustellen, dass die Anzahl der Kinder, mindestens jedoch die in den „kleinen“ Kindertagesstätten, für die Einrichtung eines erweiterten Mittagsdienstes nicht ausreichend sein dürfte. Unter Berücksichtigung eines kostendeckendes Entgeltes für den Mittagsdienst ist damit zu rechnen, dass wiederum Eltern abspringen und die verbleibenden Kosten auf eine geringere Anzahl an Interessierten umzulegen sind.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Anlagen:

Keine

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2004/046

freigegeben am 24.02.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 24.02.2004

Situationsbericht "Jugendpflege"

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

08.03.2004

Gremium

Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Im Juni 2003 wurden durch die politischen Gremien der Gemeinde Rastede (Vorlage-Nr.: 2003/131) Haushaltskonsolidierungsmaßnahme für die Gemeindejugendpflege beschlossen und zwischenzeitlich umgesetzt.

Es wäre zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, konkrete Aussagen zu den Auswirkungen auf die mittelfristige Jugendarbeit zu machen. Es zeichnet sich aber ab, dass das vorgesehene Einsparungspotential und die damit verbundenen Leistungsreduzierungen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen und das Angebot der Jugendpflege nicht wesentlich beeinträchtigen. Sobald der Verwaltung nähere Erkenntnisse vorliegen, wird sie in den kommenden Fachausschusssitzungen darüber berichten.

Auf die Auslastung der Jugendpflege, sowohl im Jugendtreff „Villa Hartmann“ als auch in den Außenbereichen wurde bereits sehr ausführlich in der oben genannten Vorlage eingegangen, auf eine Wiederholung wird deshalb an dieser Stelle verzichtet.

Aktuell ist zu berichten, dass die Arbeiten an dem Jugendraum in Delfshausen gut vorangehen. Das Dach konnte zwischenzeitlich fertig gestellt werden. Als nächster Bauabschnitt sind die Heizungsanlage und Verputzungsarbeiten vorgesehen. Anschließend erfolgt der Innenausbau.

Die Planung und die Auseinandersetzung mit der örtlichen Politik um ihren neuen Raum unterstützt und fördert die Verbundenheit der Jugendlichen zu ihrer Gemeinde, mit der sie so in ihrer Jugend positive Erfahrungen machen.

Desweiteren hat die Gemeindejugendpflege die jugendlichen Skateboardfahrer der Gemeinde Rastede zu einem Gespräch am 04.03.04 eingeladen, um abzustimmen, welche Gerätschaften auf der zukünftigen Skateboardanlage in Wahnbek installiert werden sollen. Vorausichtlich können im Rahmen der Sitzung bereits nähere Informationen zu den Gesprächsergebnissen gegeben werden.

Für den Ortsteil Wahnbek ist positiv zu berichten, dass die dortige Jugendgruppe zur Zeit einen sehr hohen Zulauf hat. Hier konnte das Angebot durch ehrenamtliche Helfer um eine zusätzliche Zeit am Donnerstag erhöht werden. Die Gruppenstärke ist mittlerweile auf über 20 Jugendliche angestiegen. Hierdurch ergibt sich allerdings die Situation, dass der von der Kirche zur Verfügung gestellte Raum an seine Kapazitätsgrenzen angelangt ist. Seitens der Jugendlichen wurde deshalb die Bitte an die Verwaltung herangetragen zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, die Räumlichkeiten der Wildvogelstation „An der Bäke“ als Jugendräume zur Verfügung zu stellen. Zur Zeit werden sowohl vertragliche als auch örtlichen Gegebenheiten untersucht. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, wird die Verwaltung weiter berichten.

Zukunftsperspektiven:

Die Jugendpflege Rastede, als öffentlicher Träger der Jugendhilfe, ist neben Familie, Schule und Beruf ein eigenes Sozialisationsfeld mit besonderer Bedeutung für die Gemeinde Rastede.

Die gesellschaftliche Situation von Kindern und Jugendlichen unterliegt ständigen Veränderungen. Das ist sowohl objektiv nachvollziehbar als auch subjektiv wahrzunehmen durch die Veränderungen innerhalb der Zielgruppen, und dem überwiegenden Klientel aus dem Arbeitsfeld der Jugendpflege:

- Die Zahl der Jugendlichen Schulverweigerer nimmt zu.
- Schulverbote (mit zeitlicher Begrenzung) und Schulverweise treten viel häufiger als früher auf.
- Viele Jugendliche haben unklare Berufsvorstellungen, sie wollen und können sich nicht entscheiden, wollen nicht erwachsen werden.
- Der Konsum von Tabak und Alkohol ist erschreckend.
- Rauchende und trinkende Jugendliche gehören zum Alltagsbild der Großveranstaltungen und überhaupt in der Öffentlichkeit.
- Gewalttätige Auseinandersetzungen nehmen zu. Gewalt ist für Kinder und Jugendliche zu einer normalen Form der Auseinandersetzung geworden.
- Festzustellen ist eine immer stärker werdende Cliquenorientierung und Cliquenbildung. Anders als vor einigen Jahren wirken diese Cliquen eher verschlossen und abgekapselt. Die Clique ist vielfach eher Zweckgemeinschaft als das die Mitglieder miteinander befreundet sind.
- Die Jugendlichen wirken verschlossener und reagieren schneller mit Ablehnung.
- Verantwortungsvolle Aufgaben werden ungern übernommen, verbindliche Absprachen werden ignoriert und nicht eingehalten.
- Vielen Kindern und Jugendlichen fällt es schwer sich auf etwas einzulassen und haben Schwierigkeiten damit, sich auf eine Tätigkeit z.B. Spielen, Basteln oder Zuhören, zu konzentrieren.
- Die Selbstdarstellung und das Wahrgenommen werden prägt ihr Verhalten im Umgang mit Anderen.
- Ihnen fehlen grundsätzliche Normen und Werte (z.B. Höflichkeit, Achtung und Respekt vor Erwachsenen)
- Probleme werden nicht ausgesprochen und gelöst, sondern geleugnet und ignoriert.

Die Jugendpflege Rastede sieht ihre Aufgabe darin, mit ihren „Angeboten“, auf diese soeben beschriebene Entwicklung Einfluss zu nehmen. Sie leistet mit ihrer Arbeit einen Beitrag, indem Kindern und Jugendlichen Räume und kompetente Hilfe angeboten wird um so ihren Weg zum Erwachsenen werden zu begleiten.

Die Gemeindejugendpflege Rastede hat ihre Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte entsprechend der bestehenden Zielformulierung (1998) weitestgehend umgesetzt. Die personelle Präsenz in den Außenbereichen wurde – zu Lasten anderer Bereiche – erhöht und der Bedarf wird ständig überprüft und angepasst. Der personelle Einsatz wird hierbei flexibel gestaltet, was bei einer reduzierten Wochenstundenzahl von mittlerweile 68,5 Std. zwingend erforderlich ist (Vergleich in 2001 insges. 105,25 Std. pro Woche).

Jugendliche leben überall und deshalb findet Jugendarbeit dort statt, wo Jugendliche sind und **Nachfrage** besteht. Die Gemeindejugendpflege geht deshalb in angemessenen Abständen in die Außenbereiche und besucht zusätzlich so genannte Treffpunkte von Jugendlichen (Rennplatz, Spielplätze). Die konzeptionellen Ansätze der „Mobilen Jugendberatung“ und die „aufsuchende Jugendarbeit“, liefern der Gemeindejugendpflege den aktuellen Bedarf der Flächengemeinde Rastede.

Die Gemeindejugendpflege Rastede sieht ihre Aufgabe aber nicht darin, eine flächendeckende Jugendarbeit für **alle** Kinder und Jugendlichen in der Gemeinde Rastede anzubieten. Die Angebote der Gemeindejugendpflege richten sich vorrangig an jene Kinder und Jugendliche, die die bestehenden Angebote der Kirchen, der Vereine, der freien Jugendgruppen und kommerzieller Anbieter nicht nutzen. Ziel der Arbeit ist es, Eigeninitiative von Jugendlichen zu wecken und zu stärken. Jugendarbeit tritt damit **nicht** als Programmanbieter auf, sondern bietet Unterstützung bei Selbstorganisationsprozessen.

Jugendpflege und Verwaltung sehen es deshalb als notwendig und unumgänglich an, die Zielformulierungen von 1998 zu überarbeiten und eine neue und zeitgerechte Konzeption für die zukünftige Jugendarbeit zu entwerfen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, sind umfangreiche Vorarbeiten zu leisten (statistische Auswertungen, konzeptionelle Abstimmungen etc.), die neben dem „Tagesgeschäft“ erledigt werden müssen.

Die Verwaltung geht deshalb davon aus, dass die Konzeptentwürfe im Spätherbst diesen Jahres zur Beratung in die politischen Gremien gegeben werden können.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine Auswirkungen

Anlage:

Keine